

EU-Führer verschwenden weitere 50 Milliarden Euro für die Unterstützung des Kiewer Regimes ... und die Selbstzerstörung

Die europäischen Eliten führen in Europa einen Krieg gegen das atomar bewaffnete Russland, indem sie das Geld der Öffentlichkeit verschwenden, um eine Neonazi-Mafia in Kiew zu unterstützen.

2. Februar 2024 | Editorial

Schließlich haben sich die Drohungen, die Erpressung und das Armdrücken der EU ausgezahlt, um ein gigantisches Hilfspaket in Höhe von 50 Milliarden Euro für das hoffnungslos korrupte Kiewer Regime durchzusetzen. Und das, während sich die europäischen Landwirte gegen die EU-Führung wegen höherer Energiekosten und Billigimporte aus der Ukraine auflehnen, die sie in den Ruin treiben und ihre Existenzgrundlage vernichten.

Die Staats- und Regierungschefs der EU bringen den gesamten Block mit 500 Millionen Menschen in den politischen Selbstmord. Diese rücksichtslose Kavaliershaltung ist wirklich beeindruckend. Bringt die Heugabeln her, merci!

Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU sind diese Woche zu einem [Dringlichkeitsgipfel](#) zusammengekommen, nicht um sich mit den zunehmenden internen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Union zu befassen, sondern um der Ukraine, die nicht Mitglied der Union ist, noch mehr Hilfe zukommen zu lassen.

Das letzte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember war ein Spektakel aus Verleumdungen und schmutzigem Gerangel. Damals legte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sein Veto gegen die Bereitstellung weiterer Mittel für das ukrainische Regime ein, was zu erbitterten Vorwürfen und Streitigkeiten führte. Dieses Mal jedoch gab Ungarn dem starken Druck nach und stimmte dem Paket zu.

Einige Tage vor dem Gipfel in Brüssel in dieser Woche [berichtete](#) die *Financial Times*, dass der EU-Rat Pläne ausgearbeitet hatte, um die ungarische Wirtschaft zu sabotieren, falls Budapest sich weiterhin weigern sollte, den massiven Hilfsplan zu unterzeichnen. Das spricht Bände über die perverse Mentalität an der Spitze der EU-Bürokratie. Es zeigt den undemokratischen Charakter des Blocks, auch wenn das Gegenteil behauptet wird.

Brüssel hatte bereits bis zu 10 Milliarden Euro an zentralen Finanzmitteln für Ungarn eingefroren, und Berichten zufolge wurde damit gedroht, Budapest das Stimmrecht bei der Entscheidungsfindung der Union zu entziehen, was einen eklatanten Verstoß gegen das erklärte Einstimmigkeitsprinzip der EU dargestellt hätte.

Die Zuteilung von 50 Milliarden Euro an einen Nichtmitgliedstaat ist erstaunlich.

Noch verwirrender ist, dass die jüngste Großzügigkeit nur einen Bruchteil der gesamten Hilfe ausmacht, die die EU-Führung seit Ausbruch des Stellvertreterkriegs gegen Russland im Februar

2022 in die Ukraine gepumpt hat. In den vergangenen zwei Jahren hat die EU dem Regime in Kiew [schätzungsweise](#) 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Die USA und andere westliche Verbündete haben die Ukraine mit weiteren 100 Milliarden Euro unterstützt. Etwa die Hälfte davon ist für Waffen bestimmt, die andere Hälfte für die Finanzierung des Staates.

Wie wir an dieser Stelle [bereits festgestellt haben](#), übersteigt die kumulierte Finanzierung der Ukraine durch den Westen bei weitem den historischen Marshall-Fonds, den die USA nach dem Zweiten Weltkrieg für den Wiederaufbau ganz Europas bereitgestellt haben (etwa 170 Mrd. Euro in heutigem Geld).

Es gibt einfach keinen Präzedenzfall oder eine vertretbare Begründung für diese Mobilisierung von finanzieller Unterstützung für die Ukraine. Dies alles wurde von einer Elite ohne demokratisches Mandat vor vollendete Tatsachen gestellt. Es wurden keine Volksabstimmungen durchgeführt, um die Öffentlichkeit über die unangemessenen Ausgaben zu befragen. Tatsächlich zeigen Umfragen, dass die europäische Öffentlichkeit – wie auch die amerikanische – gegen die Unterstützung der Ukraine durch ihre Regierungen ist.

Die Regierung Biden stößt im Kongress auf wachsenden Widerstand, wenn es darum geht, der Ukraine weitere 60 Milliarden Dollar zukommen zu lassen.

Hinzu kommt, dass das Kiewer Regime unter dem Marionettenpräsidenten Wladimir Zelensky ein Synonym für zügellose Korruption und Unterdrückung ist. Quellen des Pentagons geben zu, dass die Kiewer Junta etwa 400 Millionen Dollar an Militärausgaben abgezweigt hat. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich noch höher.

Die groteske Zuweisung von Finanzmitteln an die Ukraine hat nichts mit der Unterstützung der Demokratie oder der Verteidigung des Landes gegen eine angebliche russische Aggression zu tun.

Führende EU-Politiker wie der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz und die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, wiederholen immer wieder das Mantra von der [Verteidigung](#) der Ukraine, denn, so sagen sie, wenn die Ukraine besiegt wird, droht ganz Europa eine russische Invasion. Dies ist die absurdeste Panikmache von Politikern, die ideologisch durch Russophobie verblendet und Sklaven der westlichen Hegemonie sind.

Die jüngste 50-Milliarden-Euro-Spritze für das kriegssüchtige ukrainische Regime ist offenkundig für die Aufrechterhaltung der Regierung und die Bezahlung von Gehältern und Dienstleistungen bestimmt. Mit anderen Worten: Die Ukraine ist ein gescheiterter Staat, und dennoch wird von den europäischen Bürgern, Arbeitnehmern und Landwirten – die selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten leben – erwartet, dass sie eine korrupte Kabale finanzieren.

Darüber hinaus ist die Not, unter der Dutzende Millionen europäischer Bürgerinnen und Bürger leiden, ein direktes Ergebnis der Tatsache, dass ihre politischen Führer und die bürokratische Elite in Brüssel der US-amerikanischen Agenda der Feindseligkeit gegenüber Russland nachgeben.

Diese US-geführte Aggression, die auf den von der CIA initiierten Putsch in Kiew im Jahr 2014 zurückgeht, um ein Neonazi-Regime an die Macht zu bringen, hat die europäische Wirtschaft sabotiert. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben verräterisch den geopolitischen

Interessen Washingtons gedient und nicht denen der einfachen Europäer. Die unsinnige Verhängung von Sanktionen gegen Russland hat zu einem enormen Anstieg der Energiepreise geführt, der die europäischen Unternehmen und den Lebensstandard der Verbraucher, Arbeitnehmer und Landwirte dezimiert hat.

Die höheren Produktionskosten sind ein wichtiger Faktor für die zunehmenden Proteste der Landwirte in ganz Europa. Ein weiterer Faktor ist die undemokratische Einfuhr von billigeren landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Ukraine durch die EU als Zugeständnis an das Kiewer Regime. Diese Importe haben die Landwirte in ganz Europa untergraben, in Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Polen, Rumänien, Ungarn und den baltischen Ländern.

Der skandalöse Missbrauch europäischer Gelder zur Unterstützung eines korrupten faschistischen Regimes, das politische Gegner, die Medien und die orthodoxe Kirche gewaltsam unterdrückt und Nazi-Kollaborateure verherrlicht, dient vor allem einem Zweck: der Verlängerung eines Stellvertreterkriegs gegen Russland. Das Ziel dieses Krieges ist die letztendliche strategische Unterwerfung.

Die westlichen Regime sind angesichts ihrer kaputten kapitalistischen Volkswirtschaften so bankrott und ohnmächtig, dass sie versuchen, Russlands riesige Naturreichtümer auszubeuten. Dies ist die Fortsetzung der Lebensraumpolitik Nazideutschlands durch westliche Imperialisten.

Die Ukraine hat den Stellvertreterkrieg gegen Russland verloren. Es ist ein beschämendes, kriminelles Debakel. Bis zu 500.000 ukrainische Soldaten wurden in den letzten zwei Jahren von den überlegenen russischen Streitkräften getötet. Das niederträchtige Kiewer Regime will natürlich den Krieg für seine unersättliche Geldgier am Laufen halten. Washington und seine europäischen Vasallen in hohen Ämtern wollen den Krieg aus elitärem imperialem Ehrgeiz aufrechterhalten – ein Ehrgeiz, der in der neu entstehenden multipolaren Weltordnung letztlich vergeblich ist.

Während sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im EU-Rat in Brüssel versammelten, wurde das Parlament von wütenden Landwirten aus ganz Europa blockiert. Die Demonstranten [riefen](#) die Politiker beim Namen. Die Verachtung ist unüberhörbar. Paris und andere Hauptstädte in ganz Europa werden von Autobahnblockaden belagert. Die Volkswirtschaften stehen dadurch auf der Kippe.

Man könnte sogar meinen, dass die europäischen Landwirte in Frankreich, Deutschland, Belgien und anderswo eine ähnliche Taktik anwenden wie die Jemeniten am Roten Meer. Man drückt auf die Engpässe und sieht zu, wie sich das Imperium windet.

Das ist eine Farce, die man nicht erfinden kann. Die europäischen Eliten führen in Europa einen Krieg gegen das atomar bewaffnete Russland, indem sie das Geld der Öffentlichkeit verschwenden, um eine Neonazi-Mafia in Kiew zu finanzieren, und damit das Leben der europäischen Bürger noch schwerer machen. Das Ergebnis ist politischer und wirtschaftlicher Selbstmord für die EU.

Im Juni finden in der EU Parlamentswahlen statt, bei denen die EU-feindlichen oder euroskeptischen Parteien dramatisch zulegen werden. Zwei Jahre sinnloser Krieg in der Ukraine schüren den Unmut der Bevölkerung über die Eliten. Die Wut, die sich dort entlädt, lässt sich möglicherweise nicht einmal durch die Teilnahme an den Wahlen eindämmen. Die Wut scheint über das Ankreuzen von kleinen Kästchen hinauszugehen. Ein Zusammenbruch steht bevor und es werden Köpfe rollen.